

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans Böhler MdB kommentiert die Deutschlandpolitik Helmut Kohls: Wende zum vorläufigen Tiefpunkt.

Seite 1

Lilo Blunck MdB fordert, unsere Lebensgrundlage zu retten: Herrn Wallmanns Strahlenschutzvorsorgegesetz völlig ungenügend.

Seite 5

Dr. Susanne Miller beglückwünscht Heinz Putzrath zum 70. Geburtstag: Geprägt von wachem Engagement.

Seite 6

41. Jahrgang / 237

11. Dezember 1986

Wende zum vorläufigen Tiefpunkt

Anmerkungen zur Deutschlandpolitik Helmut Kohls

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Nun findet die Wende auch in der Deutschlandpolitik statt. Helmut Kohl geht im Wahlkampf auf Rechtskurs. Die Risiken für unser Verhältnis zu den Nachbarn im Osten, die er im Kauf nimmt und die Zweifel am Versöhnungswillen der Bundesrepublik, die er weckt, kümmern ihn nicht.

Die unsäglichen Vergleiche des Kremlichefs mit Nazi-Propagandist und Kriegstreiber Goebbels, des Reykjavik-Gipfels mit der Münchner Konferenz von 1938 und Kohls Kritik an der DDR, die ihm erst zum Wahlkampfauftakt wieder einfiel, erscheinen inzwischen als neue Glieder einer Kette von politischen Fehlern, die sich auf die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland auswirken.

Es begann mit den Kanzlerauftritten auf Großkundgebungen der Vertriebenen. Ihnen folgten die Diskussionen über die polnische Westgrenze und die Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik gegenüber Polen. Das Bitburg-Spektakel mit US-Präsident Reagan leitete die grassierende Verharmlosung des Nationalsozialismus ein und die Versuche, aus den unangenehmen Kapiteln unserer Geschichte auszusteigen.

Eine so nach rechts gewendete politische Kultur wird aber auf Dauer der Versöhnungs- und Verständigungspolitik die Basis entziehen und dem Eintreten für die Verwirklichung der Menschenrechte die Glaubwürdigkeit nehmen.

Die außen- und deutschlandpolitische Gemeinsamkeit der Parteien wird gefährdet. Statt die Chance zu nutzen, daß 70 Prozent der Vertriebenen die heutige Westgrenze Polens akzeptie-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



ren, stärkt diese Regierung die Gegenkräfte. Statt der CDU zur Übernahme der Grundgedanken von KSZE und Ostverträgen zu verhelfen, wird der „Stahlhelmfügel“ gestärkt. Dieser lehnt selbst die Feststellung des Bundeskanzlers ab, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Souveränität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen eine Grundbedingung für den Frieden sind.

Die FDP mit ihrem Bekenntnis zur deutschlandpolitischen Kontinuität wird zum bloßen Feigenblatt.

Diese geistige Wende rückwärts in die Ost-West-Konfrontation der 50er Jahre schlägt sich in den Handlungen der Regierung nieder. Nicht „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ (Helmut Kohl) ist die Maxime, sondern es droht eine zweite Nachrüstung.

Das Herunterspielen sowjetischer Kritik daran als Wahlkampfeinmischung verschärft die unnötig herbeigeredete Krise der deutsch-sowjetischen Beziehungen zusätzlich. Paul Frank, ehemaliger Staatssekretär im Außenministerium und Leiter des Bundespräsidialamtes unter Walter Scheel schreibt dazu, man könne und müsse den Sowjets in Verhandlungen hart zusetzen, „solange sie das Gefühl haben können, der Partner sei aufrichtig und strebe ein positives Verhandlungsergebnis an. Aber gerade dieses Gefühl scheint jetzt lädiert“. Der Bundeskanzler setze die deutsch-sowjetischen Beziehungen „aus einer Mischung von Geschichtslosigkeit und Dilettantismus aufs Spiel“. In der Sowjetunion aber „kann man einfach nicht an den Dilettantismus der anderen Seite glauben“.

Ob Erich Honecker seine Politik der Dialogbereitschaft und der „Schadensbegrenzung“, von der diese Bundesregierung bisher profitiert hat, noch ungeschmälert durchhalten kann, ist seit der Quasi-Ausladung von Bildungsstaatssekretär Pfeifer durch die DDR fraglich geworden. Allein der zeitliche Zusammenhang dieser Besuchsabsage mit den zahlreichen Absagen im deutsch-sowjetischen Verhältnis führt allerorts zu Spekulationen, die Krise habe das deutsch-deutsche Verhältnis erreicht.

Die Deutschlandpolitik Helmut Kohls ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Nach der Verhinderung des Bonn-Besuchs von Erich Honecker, dem Herunterspielen der Gesprächschancen über eine chemiewaffenfreie Zone oder einen atomwaffenfreien Korridor, der erheblichen Steigerung der Geldleistungen an die DDR, zu denen in der deutschlandpolitischen Bilanz dieser Regierung Eintragungen auf der Habenseite fehlen, dem unwürdigen und letztlich schädlichem Zögern in Sachen Elbe-Grenze und dem Bekenntnis zur Erfassungsstelle Salzgitter, die einen Verstoß gegen den Grundlagenvertrag darstellt, wächst die Sorge, Honeckers Durchsetzungsvermögen innerhalb seines Bündnisses werde - durch die Abkehr des Westens von Reykjavik verstärkt - schwinden. Der erfreuliche Fortschritt, daß das deutsch-deutsche Verhältnis vom Vorreiter zum Nachzügler bei Ost-West-Spannungen wurde, geht dann verloren.

Daß die Bundesregierung auch für die Abkehr von Reykjavik Mitverantwortung trägt, ist dafür ein erstes Zeichen. Positive Entwicklungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die anerkannt werden, hatten ihren Grund vor allem in der DDR selbst. Die günstige Entwicklung des Reiseverkehrs und der Übersiedlerzahlen ist dem Druck der Menschen in der DDR zu verdanken, die seit Helsinki ihre Möglichkeiten kennen und durchzusetzen versuchen. Wenn Argumente aus der Bundesrepublik Deutschland dabei helfen konnten, sind die von Johannes Rau, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel besonders hervorzuheben.

Der Jugendaustausch, das Kulturabkommen und gemeinsames Bemühen beider deutscher Staaten um den Umweltschutz gehen auf den Grundlagenvertrag und das Treffen Helmut Schmidts mit Honecker am Werbellinsee 1981 zurück.

Trotz dieser positiven Ausgangsbedingungen hat die Bundesregierung jedoch noch immer kein Konzept gefunden für den Umgang mit der DDR. Diese Bundesregierung hat es fertig gebracht, die Westberliner im Vergleich zu den Bewohnern der grenznahen Regionen im Reiseverkehr zu vernachlässi-



gen. Allerlei Bedenken, die aus einer extensiven Auslegung der sogenannten deutschen Rechtspositionen entstehen, sind oft wichtiger, als erreichbare Fortschritte in praktischen Fragen. Ob es sich um die Elbe-Grenze oder um den Besuch des Berliner Regierenden Bürgermeisters in Ostberlin, die Volkskammerkontakte oder um Städtepartnerschaften handelt, stets wird in den Reihen der Union gemäkelt oder gebremst.

Auf der Strecke bleiben rasch wirksame Umweltschutzmaßnahmen, zum Beispiel bei der Werra-Entsorgung, der Elbe-Verschmutzung oder der Luftverschmutzung in grenznahen Gebieten, vor allem im Süden der Bundesrepublik. Auf der Strecke bleibt die Einbeziehung Hamburgs und Hannovers in die erleichterten Regelungen des sogenannten „Kleinen Grenzverkehrs“, aber auch die Verbesserung für die Familienzusammenführung, die auch nach dem diesbezüglichen Scheitern der Berner KSZE-Menschenrechtskonferenz am Einspruch der USA vereinbart werden könnten. Die Ostseefischer in der Lübecker Bucht bangen weiterhin um ihre Fanggründe, und die Elbe-Nutzer bleiben der Unsicherheit und den Gefahren, die sich aus dem ungeklärten Grenzverlauf ergeben, weiter ausgesetzt.

Das alles ist umso unverständlicher, als Helmut Kohl in solchen Fragen mit der Unterstützung der Opposition fest rechnen könnte. Die SPD würde aus Überzeugung alle Maßnahmen mittragen, die zu mehr Sicherheit, zu mehr Begegnungen, zu mehr Gesprächskontakten und zur zweiten Phase der Entspannung führen.

Noch besteht diese Chance zur Gemeinsamkeit. Aber sie wird nicht nur von der Regierung ausgeschlagen, sondern die Union verläßt mehr und mehr die 1984 im Bundestag gefundene Gemeinsamkeit durch ihre geistige Wende nach rückwärts, ihre verfehlte Sicherheitspolitik und ihren Dilettantismus im Umgang mit der DDR.

Im Januar 1986 haben wir unsere Meßlatte für eine erfolgreiche Deutschlandpolitik formuliert. Wir forderten die Aufnahme von Verhandlungen mit DDR und CSSR über den Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone in Europa, die befriedigende Einbeziehung Berlins und der Berliner in alle Abkommen und alle Absprachen mit der DDR, Fortschritte in den Verhandlungen über die Reinhaltung der Elbe, den Abschluß des Abkommens über die Entsorgung von Weser und Werra, die Aufnahme dreiseitiger Gespräche mit DDR und CSSR über wirksame Luftreinhaltung, eine Einigung mit der DDR über den noch umstrittenen Abschnitt der Elbe-Grenze mit dem Ziel, Erleichterungen für Elbe-Anlieger, Elbe-Nutzer und Ostseefischer zu erreichen: Nichts davon ist bis heute erreicht. Helmut Kohl wird den Geist der ewig Gestrigen des Stahlhelmflügels, den er rief, nicht mehr los. Der schnürt seinen Handlungsspielraum ein und objektiv vorhandene, gute Erfolgchancen werden verpaßt. Weitere vier Jahre Kohl bedeuten weiteren Schaden für das deutsch-deutsche Verhältnis. Nur ein Regierungswechsel wird den gegenwärtigen Tiefpunkt überwinden.

Die Oppositionsrolle hinderte die SPD nicht daran, konstruktive Anstöße für die Deutschlandpolitik zu geben:

- Ein Jahr nach der Übersiedlung von fast 40.000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik initiierte die SPD-Bundestagsfraktion eine Anhörung des Innerdeutschen Ausschusses und eine Entschließung des Bundestages über Eingliederungsprobleme und deren Lösung beziehungsweise Linderung;
- die Bemühungen um Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik, die 1984 zu einer Entschließung des Bundestages führten und 1985 zu einem vernünftigen Verhandlungsergebnis zwischen den Fraktionen, wurden durch die konzeptionelle Arbeit und die Kompromißbereitschaft der SPD unterstützt. 1985 scheiterten sie schließlich an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
- Reiseerleichterungen, die unakzeptablen Einreiseverbote ehemaliger DDR-Bürger in die DDR, die ideologischen Gegensätze, Kontaktverbote für viele DDR-Bürger nach Westen haben Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt nachdrücklich mit Erich Honecker diskutiert;

- die Menschenrechte spielten auch eine wichtige Rolle in den Gesprächen mit dem DDR-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann bei dessen Besuch in Bonn im Februar 1986;
- die Bundestagsfraktion nahm Verbindung auf mit der Volkskammer der DDR, die inzwischen von allen Fraktionen (außer der CDU/CSU) genutzt worden sind. Der Sindermann-Besuch in Bonn wird nicht das einzige Ergebnis dieser Kontakte bleiben;
- die SPD-Bundestagsfraktion leistete einen wesentlichen Beitrag zur Wiederaufnahme des deutsch-deutschen Jugendaustauschs, für deren Unterbrechung die Bundesregierung Anlaß gegeben hatte. Sie setzte sich für eine verbesserte Förderung des Austauschs durch die Bundesregierung ein und gegenüber der DDR für die Berücksichtigung christlich engagierter Jugendlicher und für die Einbeziehung Berlins in den Austausch;
- mit dem einstimmigen Beschluß deutschlandpolitischer Thesen im November 1984 gab die SPD-Bundestagsfraktion neue Anstöße für die Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zur guten Nachbarschaft und für die Rolle der beiden deutschen Staaten bei der Durchsetzung einer europäischen Friedensordnung auf der Basis der Schlußakte von Helsinki und gemeinsamer Sicherheit;
- durch Debatten und Aktuelle Stunden sowie den Versuch einer weiteren deutschlandpolitischen Entschließung des Deutschen Bundestages hat die SPD-Bundestagsfraktion den Schaden aus dem unverantwortlichen Gerede über die Grenzen in Europa eingedämmt;
- die Gespräche mit der SED über eine chemiewaffenfreie Zone und einen atomwaffenfreien Korridor bestätigte nicht nur unser Konzept der Sicherheitspartnerschaft und bot der Regierung konkrete Handlungschancen, sondern sie nahmen nötige Einigungen über die Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen, die später bei der KVAE in Stockholm gelungen waren, vorweg;
- die ersten deutsch-deutschen Städtepartnerschaften konnten von sozialdemokratischen Politikern erreicht werden, und die Belastungen des deutsch-deutschen Verhältnisses, die durch die Hysterie entstanden, die die Union wegen steigender Zahlen von über die DDR einreisenden Asylbewerbern schürte, konnten wir abbauen helfen;
- die Krisen, die durch Zuflucht von DDR-Bürgern in westdeutsche Botschaften und die Ständige Vertretung in Ostberlin entstanden, wären kaum beizulegen gewesen, wenn es Helmut Kohl mit einer destruktiven, nur an parteipolitischen Vorteilen interessierten Opposition zu tun gehabt hätte, wie es gerade in deutschlandpolitischen Fragen das Schicksal sozialdemokratischer Bundeskanzler gewesen ist;
- die inzwischen auch teilweise öffentlich geführte Diskussion der SPD-Grundwertekommission mit der DDR-Seite zeigt, daß die problemorientierte Auseinandersetzung nicht nur über friedenspolitische, sondern auch über Fragen der Menschenrechte und der Freiheit möglich ist und fruchtbar sein kann.

Dies alles zeigt: Nicht Kampagnen dienen den Menschen, sondern Dialogfähigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer Interessen.

(-/11.12.1986/rs/ks)

* * *



Unsere Lebensgrundlagen retten

Wallmanns Strahlenschutzvorsorgegesetz ist völlig ungenügend

Von Lilo Blunck MdB

Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

Umweltminister Wallmann sollte seinen, durch die parlamentarischen Gremien gepeitschten Entwurf eines Strahlenschutzvorsorgegesetzes endgültig einstampfen. Denn sein Konzept bringt weder einen Zuwachs an Vorsorge und Gesundheitsschutz für die Bevölkerung vor radioaktiver Verseuchung noch schafft es die Voraussetzungen für ein Grenzwerte-Konzept sowie für ein wirksames, zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Vorgehen zur Vorbeugung und Bekämpfung radioaktiver Verseuchung.

Schade, daß nur die am ursprünglich vorgesehenen Abstimmungstag fehlende CDU/CSU/FDP-Mehrheit und nicht Einsichtsfähigkeit oder der Wunsch nach einer Denkpause die Ursache für die Vertagung war. Offensichtlich wollen Wallmann und die Mehrheitsparteien nichts aus der massiven Kritik an ihrem Gesetzesvorhaben lernen. Auch die jüngsten, in rascher Folge auftretenden, als „menschliches Versagen“ getarnten Anschläge der Chemieindustrie auf den Rhein haben diese Bundesregierung nicht sensibler gemacht für die systematische Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Tschernobyl-Katastrophe war nur ein Symptom, das viele erschreckte, die über sterbende Wälder und „legales“ Gift in Lebensmitteln, Holzschutzmitteln o.ä. noch hinwegsehen und die Folgen für uns und unsere Kinder noch verdrängen konnten.

Seit Tschernobyl ist alles anders. Mit uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wehren sich viele Initiativen gegen den verantwortungslosen Atomkurs und die Beschwichtigungs- und Verdummungspolitik dieser CDU/CSU/FDP-Bundesregierung. Mir war es ein dringliches Anliegen, diese Initiativen nachhaltig in ihrem vehementen Protest gegen den - alle Gefahren radioaktiver Verseuchung verdrängenden - Atomkurs der amtierenden Bundesregierung zu unterstützen. Auch die Umweltschutzbeauftragten der Evangelischen Kirche habe ich aufgerufen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine Politik zur Rettung unserer Lebensgrundlagen einzutreten.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang: welchen ihrer im Ministertitel aufgeführten Aufgaben die Bundesministerin Süssmuth eigentlich gerecht wird? Offensichtlich keiner. Familien werden finanziell schlechter gestellt, zum Beispiel durch den Bafög-Kahlschlag; Frauen hören nur viele sympathische Worte, erfahren jedoch keine Taten; das Beschäftigungsförderungsgesetz gilt immer noch; Gesundheit unserer Bevölkerung steht offensichtlich nicht an oberster Stelle der politischen Wertorientierung. Frau Süssmuth ist und bleibt eine Ministerin der richtigen und schönen Worte ohne diese in Handeln umzusetzen. Dabei ist es höchste Zeit, nein zu sagen. Nein zu dieser lebensfeindlichen Politik der Wende-Regierung, der die Erhaltung unserer angeblich so erforderlichen Wettbewerbsfähigkeit mehr am Herzen liegt als die Rettung und Wiederherstellung unserer Lebensgrundlagen. Nicht „weiter so“ mit dieser Politik, sondern Schluß damit! Und dafür brauchen wir die Unterstützung aller besorgter Menschen, aller besorgten Mütter und Väter.

{-/11.12.1986/rs/ks}

* * *



Geprägt von wachem Engagement und praktischer Solidarität

Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, wird 70

Von Dr. Susanne Miller

Seit seiner Schulzeit, die er 1933 abbrechen mußte, war er politisch tätig. Seit einigen Jahren ist Heinz Putzrath, der am 12. Dezember 70 Jahre wird, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft (ehemals) verfolgter Sozialdemokraten (AvS). In seiner Heimatstadt Breslau gehörte er einer jüdischen Jugendorganisation an, beteiligte sich dort und in Berlin am Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime, wurde verhaftet, floh nach Holland, von da in die Tschechoslowakei und konnte sich schließlich nach England retten. Während des Weltkrieges war er der Motor beim Aufbau der Jugendgruppe der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“.

Bald nach Kriegsende wurde Heinz Putzrath Mitarbeiter des SPD-Vorstands in Hannover, übersiedelte mit ihm nach Bonn und leitete jahrelang dessen Auslandsreferat. An der Wiederbelebung der Beziehungen zwischen der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie hatte er einen großen Anteil. Seine in verschiedenen Ländern erworbenen politischen Kenntnisse und die ihm eigene Fähigkeit, menschliche Kontakte zu knüpfen und zu erhalten, kamen ihm dabei und in seinen weiteren Ämtern zugute. Ende der fünfziger Jahre entschied er sich, Entwicklungshilfe für Afrika, Asien und Lateinamerika zu seiner beruflichen und politischen Hauptaufgabe zu machen und wurde Geschäftsführer der Organisation „weltweite Partnerschaft“. Nachdem die Friedrich-Ebert-Stiftung auf diesem Gebiet besonders tätig geworden war, nahm er deren Angebot an, Leiter ihrer Abteilung „Gesellschaftspolitische Information“ zu werden.

Als Heinz Putzrath vor fünf Jahren in den sogenannten Ruhestand trat, konnte er sich neuen Aufgaben intensiv widmen. Er ist Mitglied des Präsidiums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, stellvertretender Vorsitzender ihrer Bonner Gruppe, Mitglied des Seniorenbeirats und Berater der Historischen Kommission der SPD, seit April 1982 Redakteur des Informationsblattes der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten. Dieses Blatt verdankt seine Entstehung Heinz Putzraths Initiative und seine Resonanz weit über die AvS hinaus seiner Arbeit. Es vermittelt, sachlich und einprägsam, Erfahrungen ehemals politisch Verfolgter und richtet den Blick auf sonst ungenügend beachtete, für Demokraten beunruhigende Vorgänge der Gegenwart.

Von früher Jugend an ist Heinz Putzraths Lebensweg geprägt von wachem politischem Engagement und praktischer Solidarität. Daran hat sich bis heute nichts geändert und möge noch lange so bleiben.

(-/11.12.1986/va-hg/rs)

* * *